

Mittwoch, 27. September 2023, Sollinger Allgemeine / Uslarer Land

Entlastung für Bürger richtig

SPD, UWG und FDP weisen Vorwurf der CDU zurück

Uslar – Die CDU-Stadtratsfraktion fordert eine solide Haushaltsführung und Verlässlichkeit. Ist dies eine Kritik an Bürgermeister Torsten Bauer (CDU), der für die Haushaltsführung verantwortlich ist? An welcher Stelle ist die Stadt nicht mehr verlässlich? Wer ist Adressat der CDU-Forderung?

Mit diesen Fragen reagieren SPD, UWG und FDP auf den CDU-Vorwurf zu „voreiligen und kurzsichtigen Beschlüssen“ in Sachen Steuersenkung, der zurückgewiesen wird. Die Hebesätze für die Gewerbesteuer sind Anfang 2022 von 425 Prozentpunkte auf 395 Prozentpunkte gesenkt worden. Beschlossen wurde zudem, die Hebesätze für die Grundsteuer A (bebaute Grundstücke) und B (unbebaute Grundstücke) zu Januar 2023 ebenfalls von 425 auf 395 zu reduzieren.

„Mit dieser Maßnahme leisten wir direkte Entlastung für alle Einwohner und Gewerbetreibenden“, heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung von SPD, UWG und FDP. Dass die vor dem Ukraine-Krieg beschlossene Steuersenkung richtig war, werde durch die massiv gestiegenen Lebenshaltungs- und Produktionskosten deutlich.

Die Hebesätze seien im Zuge des Zukunftsvertrages 2011 massiv erhöht worden. Nachdem dieser Vertrag jetzt nach zehn Jahren ausgelaufen ist und die Stadt sich finanziell erholt hat, sei es an der Zeit gewesen, Einwohnern und Gewerbetreibenden etwas zurückzugeben.

Zudem befinden sich die Uslarer Hebesätze trotz der Senkung kreisweit immer noch im Mittelfeld. Die Rücklagen der Stadt sind bis Ende 2021 auf 19,1 Millionen Euro angewachsen, was einen gewissen Spielraum einräumt.

Sollte die CDU-Reaktion auf die aktuell etwas schlechtere Finanzlage allein die Erhöhung von Steuern sein, zeige dies deutlich auf, dass in der CDU-Fraktion nur wenig Kenntnisse des Niedersächsischen Haushaltsrechtes vorhanden und die Systematik des Kommunalen Finanzausgleiches (KFA) unbekannt seien, heißt es weiter in der Mitteilung.

Die Senkung der Hebesätze hatte ein Volumen von lediglich rund einer Million Euro abzüglich der hieraus zu leistenden Anteilen an den KFA.

SPD, UWG und FDP sind der Ansicht, dass bevor Steuern erhöht werden, eine vollumfängliche Betrachtung des Gesamthaushaltes erfolgen müsse. Insbesondere müsse nach Möglichkeiten der Aufwandsreduzierung sowie der Erhöhung anderer Erträge gesucht werden. Darüber hinaus seien freiwillige Leistungen zu hinterfragen, und es müsse eine Fokussierung auf die kommunalen Pflichtaufgaben erfolgen.

Verwundert sei man über die Aussage der CDU-Fraktion, mit der sie vor „kurzfristigen Panikaktionen“ warnt. Es fehle die konkrete Benennung einzelner Aktionen. Laut CDU soll die Sanierung des Badelandes weiterhin erfolgen. Das sei Beschlusslage und werde von niemandem infrage gestellt. Auf Initiative von SPD, UWG, FDP und BRU werde neben der anstehenden Sanierung ein Blick auf die kommenden Aufgaben und Investitionen rund um das Badeland gefordert. Schließlich stammt das Gebäude aus den 1970er-Jahren. Weitere erforderliche Investitionen seien daher nicht von der Hand zu weisen.

In Bezug auf Gewerbeflächen spricht die CDU von wiederholten Initiativen im Rat, mit denen sie an anderen Fraktionen gescheitert sei. „Das ist falsch, es gab solche Initiativen seitens der CDU nicht“, heißt es im Schreiben.

Der Bürgermeister habe seine Vorstellungen, für die er keine Mehrheiten bekam. Es waren andere Ratsfraktionen, die über Anträge die Recherche von Flächen und Aufnahme von Verhandlungen initiiert und mit Mehrheiten durchgesetzt haben.

Bedauerlich sei, dass von der CDU die Kommunikation vermehrt über Pressemitteilungen gesucht werde und in den Ausschuss- und Ratssitzungen kaum inhaltliche Diskussionen erfolgen, bemängeln SPD, UWG und FDP.
jde